

Dresdner Volkszeitung

Verkaufsstelle: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Verkaufsstelle: Gebr. Arnhold, Dresden und Schaf. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altsadt

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn in der 45. Woche vom 3. November bis 8. November 25 Milliarden M., unter Kreuzband für Deutschland die Nummer 7 Milliarden M., Einzelnummer 7 Milliarden M.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 26 261. Druckkategorie nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 26 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Grundpreis mal Schlüsselzahl. Grundpreise: die 29 mm breite Kompaßzeile 100 M., die 30 mm breite Kompaßzeile 400 M., für auswärtige Anzeigen 120 u. 500 M. Schlüsselzahl: 24 900 000. Familienanzeigen Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Orientierung 10 M.

Nr. 257

Dresden, Sonnabend den 3. November 1923

34. Jahrg.

Das Ende der großen Koalition

Berlin, 2. November. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat heute mit allen gegen 19 Stimmen beschlossen, ihre Mitglieder aus dem Kabinett zurückzuziehen.

Nunmehr ist auch das Kabinett Stresemann Nr. 2 nach wenigen Wochen der Hoffnungslosigkeit und Unfruchtbarkeit den Weg seiner Vorgänger gegangen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat gestern endlich ihre Minister aus der großen Koalition zurückgezogen. Die verbliebenen Kabinettsmitglieder veröffentlichten eine amtliche Darstellung, in der unserer Partei die Schuld für die neue Krise aufgebürdet werden soll. Es ist überflüssig, daß wir uns mit diesem Reinwaschungsversuch auseinandersetzen. Galt Stresemann und die Minister, die ihm treu blieben, so ehrlich sein wollen, wie es an gewissen Wendepunkten der Politik dringend nötig ist, so hätten sie zugeben müssen, daß die Gegensätze zwischen der in allen Farben schillernden Volkspartei und der Sozialdemokratie ein so großes sind, wie ein Zusammenarbeiten von ausgesprochenen Repräsentanten des Kapitals und Vertretern der sozialistischen Arbeiterklasse zu ermöglichen.

Die Mehrheit unserer Reichstagsfraktion, die sich seinerzeit für die Regierungsbeteiligung unter Stresemanns Kanzlerschaft entschied, dürfte heute um einige Illusionen ärmer und einige bittere Erfahrungen reicher sein, denn die große Koalition bedeutet für die Volksmassen eine einzige Kette von Enttäuschungen. Uns überraschten die Nr. 2 von vornherein abgelehnt, weil es bereits im Entschiedenem lag. In der ersten Regierung Stresemann vermochten wir vor allem den entscheidenden Einfluß, um die damals von den bürgerlichen Regierungsteilhabern angenommenen sozialdemokratischen Forderungen durchzuführen, und auf dem Programm der zweiten Stresemannregierung fehlten die Forderungen, mit denen von unserer Reichstagsfraktion die Beteiligung an der großen Koalition begründet wurde. Das Kabinett der Sachverwalter wurde diese Regierung in ihrer ersten Auflage genannt. Wer sprach bei der zweiten Auflage überhaupt noch von der Erfüllung der Sachverhalte? Man hatte diesen Punkt ebenso fallen lassen, wie wichtige Teile des Hilfsdienstlichen Steuerprogramms. Zu den traurigsten Uebeln aber, die dieses Kabinett gebar, gehörten die Reichsrekursive gegen Sachse und das vollständige Verfallen gegenüber den Serien von Verfallensbrüchen, die unter Sachs Diktatur von der bayerischen Regierung verübt wurden. Ueber diese Rücksicht gegen den bayerischen Hochverrat auf der einen Seite und die offensiv-fundamentale Feindschaft gegen einen republiktreuen Einzelstaat auf der andern Seite ist auch von bürgerlichen Feindern so viel Mißtrauen geäußert worden, daß wir uns weitere Anklagen ersparen können. Das Kabinett Stresemann hatte sich bei Freund und Feind derart um allen Respekt gebracht, die sozialdemokratischen Mitglieder des Kabinetts standen der zweierlei politischen Moral so einflußlos gegenüber, daß viele unserer Parteigenossen zornig fragten, warum die Genossen Rohrbach, Solmann und Schmidt sich dieses Prestigefußes so lange bieten ließen!

Die Mehrheit unserer Reichstagsfraktion hat seinerzeit versucht, mit einer Beteiligung an der großen Koalition die Reaktion von der Staatsgewalt fernzuhalten; sie überließ jedoch oder ließ sich darüber hinweg, daß mit der Volkspartei diese Reaktion in einer durchaus nicht siebenfach verschleierte Gestalt im Kabinett lag. So schließt für die Sozialdemokratie eine Reihe von Koalitionsexperimenten ab, mit denen sie verfuhr, durch Regierungsbeteiligung mit bürgerlichen Mittelparteien zu Reformen zu gelangen. Wir haben diesem Gedanken weitgehendes Verständnis entgegengebracht, denn wenn es für Deutschland noch eine Möglichkeit gab, rasch und ohne blutige innere Verwundungen eine Festigung der deutschen Wirtschaft, Sicherung der deutschen Volksernährung und damit feste Grundlagen für die deutsche Einheit herzustellen, so bestand diese Möglichkeit in jenem Mindestmaß innerer Reformen, die wir Sozialdemokraten seit nunmehr vier Jahren angestrebt haben. Dazu hätten gehört die Schaffung wertbeständiger Steuern, Beteiligung des Staates an den Ertragsnissen der Industrie und großen Landwirtschaft, Rückkehr zu den Prinzipien der Staatsverwaltung, Bekämpfung der Ernährungswesen und Bekämpfung des ungesunden reaktionären Bandentums, von dem Deutschland seit zwei Jahren unsicher gemacht wird.

Wir reden hier in diesem Zusammenhange gar nicht von einer entschiedenen sozialistischen Gesetzgebung, die bis zur Sozialisierung und bis zur Umstellung der Wirtschaft von der kapitalistischen Wirtschaft bis zur Planwirtschaft gegangen wäre, wir sprechen nur von einem Mindestmaß von Reformen, die unerlässlich waren und heute noch unerlässlich sind,

wenn Deutschland nicht zerfallen, wenn das Volk nicht durch Hungernot dezimiert und wenn nicht alle Banden staatlicher Gemeinschaft und Gesetzmäßigkeit zerreißen sollen. Wir glauben, daß ältere demokratische Völker, wie die Franzosen und die Engländer, sich zu diesem Reformwerk emporgeworfen hätten, weil ihre bürgerlichen Parteien nicht durch einen jahrhundertelangen monarchistischen Absolutismus derart entnervt und politisch kastriert wurden wie das deutsche Bürgertum. Man kommt uns nicht mit Versailles Vertrag, Vincennes Ruhrauhau und andern politischen Ratschlägen, die das deutsche Volk niedermäßen. Erstens waren solche davon, wie die Befestigung des Ruhrreviers, eine Folge politischer Unfähigkeit der bürgerlichen Parteien, und zweitens hätte gerade die außenpolitische Hoffnungslosigkeit unsere bürgerliche Reichstagsmehrheit bestimmen müssen, nur auf die Kräfte des eigenen Volkes zu bauen, indem man diese Kräfte zusammenzieht zu dem, was unerlässlich war und unerlässlich bleibt! Die große Koalition hat als einer der letzten Koalitionsversuche der Sozialdemokratie bewiesen, daß die bürgerlichen Parteien mit Mindheit geschlagen sind und bleiben.

Und die auf der äußersten Rechten, die Deutschenationalen und Völkischen? Mit ihren politischen Talenten sieht es noch schlimmer. In ihrem Mangel an innerpolitischer Einsicht kommt ein nationalstolzes Fraumenierisches Prästentum, das dem Volke vom Furoreutonion eine Erlösung verspricht. Wir hätten gewünscht, daß diesem Praestententum schon längst Gelegenheit gegeben worden wäre, sich in einer Reichsregierung so hinreichend zu blamieren, wie sich die Gergt und Helfferich während des Krieges blamierten. Möglich, daß diese Stunde jetzt kommt, denn es bleibt doch nur die Wahl zwischen einem Kabinett Stresemann Nr. 3, das von den Deutschenationalen wohlwollend unterstützt würde, oder einer Regierung, in der Herr Gergt und Helfferich ihre politischen Kräfte als Minister zu beweisen hätten. Wir kennen die Gefahren, die ein solches Kabinett der großen Reaktion für die wertfähigen Massen bedeutet, aber es scheint uns, daß die deutschen Wählermassen auch durch dieses trübe Experiment hindurch müssen, um klüger zu werden. Und wenn wir die Wahl haben zwischen einer Regierung wie der zweiten Stresemannschen, in der die verhäßte Reaktion sich in der Art ihres Vorgehens gegen Sachse zeigte und für die unsere Partei immerhin ein Drittel der Verantwortlichkeit mit zu tragen hatte — oder einem offenen reaktionären Kabinett, das zwar noch gefährlicher ist, in dem aber die Frage der Verantwortlichkeit nicht minder offen zulage liegt, so entscheiden wir uns heute wie vordem unbedingt für das letztere.

Nichts ist heute dringender geboten, als Klarstellung der Verantwortlichkeit, die das Volk ohne Schwierigkeiten erkennen muß, um bei den kommenden Wahlen sich klar entscheiden zu können. Die Sozialdemokratie wird aus dem Brägelknaben, der das Beste wollte, sich aber nicht mit den Besten zusammengesetzt hatte, zur Oppositionspartei, die durch unbedingte Bewegungsfreiheit außerhalb des Parlamentes an Kraft ersehen kann, was ihr im Parlament etwas fehlen sollte. Wir wissen auch, daß das Ziel einer so großen Partei, wie der Sozialdemokratie auf die Dauer nicht die Opposition, sondern die Regierungsmacht sein muß, da sich jedoch die bürgerlichen Parteien immer wieder für das Nichtstun entschieden und nur im Würfeln wirklich zügelnd sind, so muß ihnen die Möglichkeit gegeben werden, sich völlig abzuwickeln. Das wird dem Volke teuer zu stehen kommen, aber das Beispiel ist nicht mehr zu umgehen.

Für die sozialdemokratischen Anhänger-massen heißt es jetzt, sich fester um die Fahne unserer Partei zu scharen denn je, damit wir den Sturm, den wir entgegen gehen, mit Disziplin und Kampfbereitschaft Trotz bieten. Ueber die Fehler unserer Partei wird auf dem kommenden Parteitag zu reden und zu reden sein, darum dürfen wir ihnen in den gegenwärtigen Erörterungen keinen breiten Raum lassen. Den Wegern hat unsere Energie, der Not der Partei hat unsere Aufmerksamkeit zu gelten. Es gilt, unsere Organisationen, unsere Presse, alle unsere Waffen ideologisch zu erhalten, will die Arbeiterklasse den schweren kommenden Kämpfen gewachsen sein!

Eine Erklärung Stresemanns

Am das abendliche Verhalten des Reichskanzlers und der bürgerlichen Reichsminister gegenüber der sozialdemokratischen Forderungen zu rechtfertigen, gab die Reichsregierung folgende amtliche Darstellung über den Grund der Koalition aus:

In der heutigen Besprechung mit den Führern der Sozialdemokratischen Partei und den Führern der bürgerlichen Koalitionsparteien führte der Reichskanzler auf Grund der voran-

gegangenen Besprechung mit den nichtsozialdemokratischen Ministern folgendes aus:

Durch die Tatsache, daß es die Sozialdemokratische Partei für richtig befunden habe, ihre Forderungen durch die Presse bekanntzugeben, sei die Lage außerordentlich erschwert worden. Selbst wenn die Mehrheit des Reichskabinetts an sich die Möglichkeit gesehen hätte, den sozialdemokratischen Forderungen zu entsprechen, so sei durch jene Veröffentlichung ein derartiges Entgegenkommen der Reichsregierung fast ausgeschlossen worden, weil damit der Eindruck erweckt worden wäre, daß die Reichsregierung sich dem Willen einer einzigen Partei beuge und sich ihre Handlungen von der Sozialdemokratie diktiert läße. Der Vorwurf, den viele Volkspartei — bisher mit Unrecht — gegen das Kabinett Stresemann erhoben hätten, daß es unter bestimmtem marxistischen Einfluß stehe und handle, wäre dann in der Öffentlichkeit als richtig und erwiesen angenommen worden.

Aber auch sachlich seien der Reichskanzler und die bürgerlichen Mitglieder des Kabinetts nicht in der Lage, den sozialdemokratischen Forderungen zu entsprechen. Weder die allgemeine politische Lage noch vor allem die Verhältnisse in Sachse und an der thüringisch-bayerischen Grenze gestatteten zur Zeit eine Aufhebung des Ausnahmezustandes oder seine Abänderung in eine Form, die die vollziehende Gewalt Zielpersonen überträgt. Auch einen Zeitpunkt anzugeben, an dem die an sich sicher erwünschte Aufhebung des Ausnahmezustandes erfolgen könne, sei unter den obwaltenden Umständen nicht möglich. Dies sei abhängig von der ganzen Entwicklung der Verhältnisse. Dagegen würde durch eine Abänderung des Ausnahmezustandes in diesem Augenblick auf Grund der sozialdemokratischen Forderungen in der Reichswehr, die verfassungsmäßig und pflichtgemäß schon lange aufgehoben werden sollte, das Gefühl erweckt werden, als ob der Reichswehr auf Verlangen einer politischen Partei ein unangenehmes Regiment beige würde.

Nach der Fraktionsführung der Sozialdemokratischen Partei wurde der Reichskanzler von dem Reichstag in Kenntnis gesetzt, daß die sozialdemokratischen Mitglieder des Kabinetts, Reichsinnenminister Solmann, Reichsjustizminister Dr. Rohrbach und Reichsminister für Wiederbau Robert Schmidt aus dem Reichskabinett aufstiepen.

Die entscheidenden sozialdemokratischen Forderungen

Es ist wichtig noch einmal klar und genau festzustellen, welche Forderungen die sozialdemokratische Reichstagsfraktion an das Reichskabinett stellte. Nur so ist man in der Lage, ein begründetes Urteil über die ganze Diszipliniertheit und politische Unfähigkeit der bürgerlichen Koalitionspolitiker abzugeben, die solche selbstverständlichen und zwingenden Forderungen ablehnten. Der am Mittwoch mit großer Mehrheit von der Fraktion der D. S. P. D. gefaßte Beschluß lautete:

Die sozialdemokratische Fraktion kann nur in der Koalition verbleiben, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt werden:

1. Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes.
2. Die Reichsregierung behandelt das Verhalten der bayerischen Wächter offen als Verfassungsverstoß und unternimmt im Einklang mit der Reichsverfassung sofort die gebotenen Schritte gegen Bayern.
3. Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in Sachse ist die Aufgabe der Schutztruppe. Reichswehrkräfte sind nur auf Anordnung des Inhabers der Zivilgewalt heranzuziehen. Wiederholte in die Reichswehr eingeschleuste Anhänger rechtsradikaler Bestrebungen sind zu entlassen.

Wirtschaftspolitisch erhebt die D. S. P. D. folgende Forderungen:

1. Die Gewährung wertbeständiger Löhne ist schleunigst zu regeln.
2. Die Landwirte sind zur Lieferung von Nahrungsmitteln zu zwingen. Die offen angetretene Sabotage des Landbundes und der Landwirte ist zu bekämpfen.

Diese fünf Forderungen sind, wie man sieht, nicht grundsätzlicher oder grundsätzlicher Art und haben weder etwas ungeschwunden sozialistisches, noch etwas besonders marxistisches an sich. Sie sind lediglich aus der politischen und wirtschaftlichen Lage des Tages geboren. Sie bringen nur zum Ausdruck, was im Augenblick sofort getan werden muß, um Unheilbares zu bestrafen, die Ausnahmezustand ernstlich eine Militärdiktatur, die, wie in Sachse, Regierung, politische Parteien und das ganze soziale Volk lähmen und drohen kann. Er muß fallen. Ihn ungenutzbar machen darf sich die Sozialdemokratie keine Stunde länger erlauben. Ebenso untragbar ist der Verfallensbruch der Reichswehr, die Reichsregierung durch Bayern. Die bürgerlichen Parteien haben sich bereits den Krieg gegen das Reich mit Hinten, Weinsverleum und Demoneu. Sie jagen schon über die Grenze nach Thüringen herüber und schienen auf Thüringer Grenzschutz, Thüringen und Preußen streifen zu lassen. Die Reichsregierung bleibt blind, taub, unpolitisch. Reichsminister Solmann hat durch — Auftragen — an Sachse die ihm gebührende Hände freigegeben, demnach, demnach. Da ist es höchste Zeit für die Sozialdemokratie: heraus aus diesem Kabinett! Es mangelt Reich und Volk.

Die sozialdemokratischen Forderungen (zu denen sich wertbeständige Löhne und Lebensmittelversorgung als weitere Selbstverständlichkeiten gesellen) unter dem Vorwand abzuweisen, das Kabinett dürfe nicht den Anstoß erwecken, daß es unter